

Gesa Lindemann

Demokratie Wirtschaft Gewalt

Für eine realistische Gesellschaftskritik

**VELBRÜCK
WISSENSCHAFT**

© Velbrück Wissenschaft 2025

Bei dem Essay handelt es sich um eine erweiterte und überarbeitete Version
des Beitrags, welcher den Essaypreis des Jakob-Fugger-Zentrums 2023
gewonnen hat.

Erste Auflage 2025
Velbrück Wissenschaft
© Velbrück Verlage GmbH, Weilerswist Metternich 2025
Meckenheimer Str. 47, 53919 Weilerswist-Metternich
www.velbrueck-wissenschaft.de
info@velbrueck.de

Printed in Germany
ISBN 978-3-95832-397-1

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Datensind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar

Vorwort

Dieser Essay geht zurück auf einen Essaywettbewerb, den das Jakob-Fugger-Center for Advanced Studies 2023 ausgeschrieben hat. Das Thema: »Wieviel Gewalt benötigt die Demokratie? Wieviel verträgt sie?« Ich danke dem Jakob-Fugger-Zentrum für die Anregung, meine Gedanken zu diesem Thema zuzuspitzen. Den für die Veröffentlichung der Gewinnerinnen des Essaywettbewerbes vorgesehenen Beitrag habe ich für die Einzelpublikation überarbeitet und erweitert. Die Möglichkeit dazu bot mir ein Fellowship am Max-Weber-Kolleg in Erfurt, in dessen Rahmen ich die Zeit gefunden habe, den Zusammenhang von Zeit und Gewalt genauer auszuarbeiten. Ergänzend sind in diesen Band zwei Texte zur Kritik linker Identitätspolitik und der linken Kritik an Israel aufgenommen, die zuvor bei Zeit Online erschienen sind. Sie sind unter der Überschrift »Kritik linker Kritik« zusammengefasst.

Wichtige Anstöße für die finale Ausarbeitung dieses politisch ausgerichteten Essays waren drei Erfahrungen. Erstens, der zunehmend unaufhaltsam wirkende politische Rechtsrutsch seit Herbst/Winter 2023/24, der schließlich zum Scheitern der Koalition von Grünen, SPD und FDP im Herbst 2024 geführt hat, und durch den Sieg von Donald Trump bei den Präsidentschaftswahlen in den USA im November 2024 noch einmal befeuert worden ist. Zweitens, die Erfahrung, dass die bedeutendste »linke« Kritikbewegung in dieser Zeit Israel galt und sich als links verstehende Politiker:innen wie Sarah Wagenknecht den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine legitimieren. Drittens, die Hilflosigkeit vieler sich als links oder zumindest linksliberal verstehender Kolleg:innen, mit denen ich in Erfurt während meines Fellowships über diese Probleme diskutiert habe. All das hat mir verdeutlicht, dass die Grundlagen für eine realistische linke Gesellschaftskritik in Vergessenheit geraten sind. Um der Verzweiflung und der Versuchung des Fatalismus zu entgehen, versuche ich hier, die Grundlagen für eine Erneuerung der linken Kritik in Erinnerung zu

rufen – das große universale Versprechen der Moderne: alle Menschen sollen gleich sein an Freiheit und Würde und sie sollen in ein gewaltfreies gesellschaftliches Zusammenleben vertrauen können.

Mir leuchtet nicht ein, was an diesem Versprechen falsch sein soll, außer dass es nicht realisiert ist. Wenn man allerdings die Realisierung ins Auge fasst, zeigt sich, dass dieses Versprechen die lichte Seite der Moderne ist, die es ohne die dunkle Seite der modernen Gewaltordnung nicht geben kann. Wer eine realistische linke Politik will, muss beide Seiten wollen, statt immer nur im Licht des großen Versprechens zu baden.

Ich danke allen, mit denen ich die Gedanken zu diesem Essay besprechen konnte, den Kolleg:innen im Erfurter Forschungsbau »Weltbeziehungen« ebenso wie den Teilnehmenden des Berliner Theorieateliers, insbesondere Jonas, Barth, Frauke Höntzsch, Lotta Mayer, Andreas Pettenkofer und Frederic Vandenberghe.

Gebrauchsanleitung: Direkte Angaben zu Quellen finden sich in den Fußnoten. In den Endnoten finden sich Verweise auf weiterführende Literatur.

Einleitung

Im Jahr 2018 hat der damalige Innenminister Horst Seehofer festgestellt: »Mutter aller Probleme ist die Migration.«¹ Demnach wären alle politischen Probleme gelöst, wenn nur das Problem der Migration gelöst würde. Diese Position hatte die AfD schon seit der sogenannten Flüchtlingskrise von 2015 bzw. 2016 vertreten. Seitdem sind sich zunehmend alle Parteien, die einmal Regierungsverantwortung getragen haben bzw. tragen, darin einig, dass Horst Seehofer irgendwie recht hatte. Auch die Grünen unterstützen mittlerweile eine eher restriktive Position in der Asyl- und Migrationspolitik. Es zeichnet sich allerdings nicht ab, dass sich damit alle Probleme lösen lassen. Eher scheint das Gegenteil der Fall zu sein. Die Migration ist zweifellos ins Zentrum der politischen Aufmerksamkeit gerückt, und zwar weltweit – nicht nur im Osten Deutschlands, sondern auch in westdeutschen Regionen, in Frankreich, in den Niederlanden, den USA, um nur einige zu nennen. Überall wird hart gegen Migrant:innen vorgegangen, aber es sieht nicht so aus, als würde dadurch irgendein anderes Problem gelöst werden.

Es erscheint mir deshalb sinnvoll, die Verwandtschaftsverhältnisse umzukehren. »Die ›Migration‹ ist die Tochter anderer relevanter Probleme.« Es wäre also an der Zeit, dass sich insbesondere eine linke Politik diesen zuwendet. Als relevante Probleme werden wir in diesem Essay vor allem zwei identifizieren: die demokratiegefährdende Ungleichverteilung von Eigentum und die Klimakrise. Wenn wir uns das Regierungshandeln der westlichen Staaten in den letzten 20 Jahren anschauen, zwingt uns das allerdings zu der traurigen Einsicht, dass beide Probleme gesellschaftlich eher verdrängt werden. Die großen linken Kritikbewegungen der 2000er Jahre waren ATTAC und die Occupy-Bewegung. Sie forderten eine höhere Besteuerung von Vermögen und Aktiengewinnen. In den

1 <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/horst-seehofer-laut-medienberichten-mutter-aller-probleme-ist-die-migration-a-1226724.html>

2010er Jahren gab es eine breite Klimaschutzbewegung getragen von Fridays for Future oder der Letzten Generation. Die Kritik dieser linken Bewegungen erregte zwar eine gewisse Aufmerksamkeit, blieb aber praktisch ohne Wirkung. Die soziale Ungleichheit nimmt bis heute ebenso ungebremst zu wie die Erderwärmung.

Es ist also an der Zeit darüber nachzudenken, warum die neuere linke Kritik so unwirksam bleibt. Und – damit eng zusammenhängend: Warum gewinnt zur gleichen Zeit die extreme politische Rechte so stark an Boden? Ich schlage eine unorthodoxe Erklärung vor: Die politische Linke findet kein rationales Verhältnis zur Gewalt. Gewalt ist entweder das schlechthin Negative oder aber sie wird als revolutionäre Gewalt verstanden, die aller Gewalt ein Ende setzt. Letzteres hat der Philosoph Christoph Menke vor wenigen Jahren noch einmal in die Diskussion gebracht.² Dabei gilt, dass die revolutionäre Gewalt die Gewalt des Rechts überwinden soll. Dass Gewalt als das schlechthin Problematische gilt, hat der französische Soziologe Luc Boltanski in seinen Überlegungen zu »Soziologie und Sozialkritik« noch einmal hervorgehoben. Demnach bedürfe es einer linken Kritik, die die Gewalt der verfestigten Institutionen benennt und überwindet.³ Die gesellschaftliche Ordnung, die das Ziel linker Gesellschaftskritik ist, soll eine wirklich gewaltfreie Ordnung sein – sowohl bei Boltanski als auch bei Menke.

Mit diesem Ansatz wird die lichte von der dunklen (gewaltsamen) Seite der Moderne getrennt. In der linken Kritik wird die lichte Seite adaptiert. Das Gute der Moderne, die allgemeine Anerkennung aller als gleich an Freiheit und Würde und das Vertrauen in Gewaltlosigkeit, soll erhalten bleiben. Aber die dunkle Seite soll nicht sein, d.h., die Gewalt, die erforderlich ist, um die Orientierung am Ethos der Menschenrechte zu erhalten. Die lichte Seite bildet traditionell den Bezugspunkt linker Kritik. Schon Karl Marx nahm die Menschenrechte als Maßstab der Kritik, als er schrieb:

2 Menke (2015)

3 Boltanski (2010)

Die Kritik der Religion endet mit der Lehre, daß der Mensch das höchste Wesen für den Menschen sei, also mit dem kategorischen Imperativ, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist...⁴

Die allgemeine Achtung eines jeden Menschen, seiner Freiheit und seiner Würde, stehen im Mittelpunkt. Das ist eine große Geste und eine starke Handlungsaufforderung. Es geht um die Anerkennung aller Menschen unabhängig von ihrer wirtschaftlichen Position, ihrer Hautfarbe, ihres Geschlechts, ihrer sexuellen Orientierung ... – jede Abweichung vom Ideal der gleichen Anerkennung aller als Menschen gleich an Freiheit und Würde soll identifiziert und bekämpft werden. Gegenwärtig wird diese große Geste in vielen kleinen Gesten der Kritik an Rassismus, Sexismus oder Klassismus wiederholt. Ein großer Teil soziologischer Forschung ist diesem Thema gewidmet. Der US-amerikanische Soziologe Christian Smith bezeichnet dies als das geradezu heilige Projekt der (US-amerikanischen) Soziologie.⁵ Dem eigenen Selbstverständnis nach haben sich viele Linke damit auch vom Universalismus der Menschenrechte verabschiedet. Diese werden eher als ein Werkzeug der Unterdrückung gesehen. Dabei gerät allerdings aus dem Blick, dass eine »identitätspolitisch« ausgerichtete Linke, auf den Universalismus setzen muss, wenn auch in einer verklemmt-verdrucksten Weise. Denn die vielen kleinen Gesten der Kritik setzen voraus, dass wir alle anerkennen, dass alle Menschen gleich an Freiheit und Würde sind. Ohne diese Annahme wäre es kein Problem, Minderheiten auszugrenzen. Auch diese Kritik kann sich nicht vom Universalismus verabschieden, sonst könnte sie nicht kritisieren, dass er noch nicht realisiert ist.⁶ Die vielen kleinen Gesten zehren von einem Universalismus, den zu benennen sie nicht wagen.

4 Marx (1981: 385)

5 Smith (2014)

6 Siehe hierzu auch in diesem Band: »Identitätspolitik. Der verklemmte Universalismus« und »Kritik an Israel. Das moderne Versprechen«

Die vielfache Wiederholung der großen und kleinen moralischen Gesten droht allerdings hohl zu werden, wenn die Handlungsaufforderung hilflos wird. Dies gilt für Rassismus ebenso, wie für ökonomische Ungleichheit oder die drohenden Zerstörungen durch die Erderwärmung. Heute haben wir einen Punkt erreicht, an dem vielfach nur noch die moralische Geste bleibt, ohne eine konkrete Idee, wie die moralische Kritik umgesetzt werden könnte. Realistische Handlungsoptionen, die über eine moralische Kritik hinausgehen, scheint es kaum zu geben.

An das große moderne Versprechen zu erinnern, ist keineswegs falsch. Darauf zu pochen, dass es nicht gebrochen werden darf, bzw. den Bruch dieses Versprechens anzuklagen, ist notwendig. Aber wenn Gesellschaftskritik auch praktische Handlungsoptionen erschließen soll, reicht es nicht aus, bei der moralischen Anklage stehen zu bleiben. Um politisch handlungsfähig zu werden, müssen wir uns auch der dunklen Seite der Moderne zuwenden. Letztlich ist es ganz einfach: Der friedliche Universalismus der Menschenrechte bedarf einer gewaltsamen Stütze. Historisch müssen wir festhalten, dass es ohne Nationalstaat und Volk auch keinen Universalismus der Menschenrechte gegeben hätte und auch im Weiteren nicht geben wird. Wer das friedliche Ethos der Menschenrechte will, muss auch den Nationalstaat wollen. Hannah Arendt hatte deshalb 1949⁷ nicht umsonst gefordert, dass es nur ein Menschenrecht gäbe, nämlich das Recht einem Staat anzugehören, dem gegenüber die Bürger:innen ihre Grund- und Menschenrechte einklagen können. Ein solcher Staat bedarf einer überlegenen Zentralgewalt, sonst kann er das Recht nicht durchsetzen. Diese Gewalt und das Ethos der Menschenrechte sind untrennbar miteinander verbunden.

Meine Kritik lautet deshalb: Die linke Gesellschaftskritik verliert ihre praktischen Handlungsoptionen, solange sie verdrängt, dass die universalistische Orientierung am Ethos der Menschenrechte auf einen Staat mit einer überlegenen Zentralgewalt angewiesen ist. Wir können dies als das Gewaltparadox

7 Arendt (1949)

der Moderne bezeichnen. Um eine realistische am Ethos der Menschenrechte orientierte Kritik zu verwirklichen, ist es erforderlich, dieses Paradox praktisch zu gestalten, statt es zu verdrängen.¹

Diese Kritik an der Linken sollte gerechterweise benennen, dass es liberalen und systemtheoretischen Verteidiger:innen der Moderne ebenfalls schwerfällt, das Gewaltparadox anzuerkennen. Die Verdrängung der dunklen Seite der Gewalt ist lediglich verschieden gelagert. Die linken Kritiker:innen identifizieren gegenwärtig noch Gewalt und wollen eine zukünftige Ordnung ohne Gewalt. Liberale gehen davon aus, dass wir schon gegenwärtig ausreichend in Gewaltlosigkeit vertrauen können bzw. dass die noch vorkommende Gewalt durch den Staat schon erfolgreich beendet werden wird. Damit das so bleibt, muss der Staat konsequent gegen politische Gewalttäter:innen aller Art so hart vorgehen, dass wir alle weiterhin in Gewaltlosigkeit vertrauen können. Deshalb werden in der juristischen Debatte dem zivilen Ungehorsam oder gar einem Widerstandsrecht höchst enge Grenzen gezogen.⁸ Das Credo lautet: Spätestens zukünftig wird die Gewalt der Vergangenheit angehört haben, folglich leben wir auch jetzt schon ausschließlich auf der lichten Seite der Moderne. Systemtheoretische Verteidiger:innen der Ausblendung des Dunkels vertrauen auf die Komplexität der funktionalen Differenzierung, die der Gewalt ausreichend Einhalt gebietet. Die Systemtheorie braucht noch nicht einmal einen Staat, um die Gewalt zur Wirkungslosigkeit zu verdammen – es ist die Komplexität der funktionalen Differenzierung selbst, die das zustande bringt.⁹ Liberale und Systemtheoretiker:innen ähneln Betrunkenen, die nächtens den verlorenen Schlüssel zum Verständnis der Moderne im Lichtkegel einer Laterne suchen. Dass er dort nicht zu finden ist, ficht sie nicht an, denn das Dunkel sehen sie nicht.

In Anbetracht dieser Sachlage drängt sich eine einfache Alternative auf: Sehtraining für die Analyse der modernen Gesellschaft. Gegen die Gewaltvergessenheit der Linken und des

8 Enders (1986)

9 Nassehi (2020, 2024)

liberalen und systemtheoretischen Mainstreams gilt es, die Anstrengung auf sich zu nehmen, die lichte und die dunkle Seite der Moderne in der Analyse nicht auseinanderzureißen. Es gilt, Demokratie, Menschenrechte und Gewalt in ihrem Zusammenhang zu analysieren, statt sie auf zwei Welten zu verteilen. Diese Aufgabe wird dadurch verkompliziert, dass wir nicht voraussetzen können, was gesellschaftlich unter Gewalt verstanden wird. Wenn wir diese Sicherheit nicht haben, wird die Situation sehr kompliziert. Gewalt erweist sich als ein politischer Begriff.

Innerstaatlich wird dies deutlich, wenn wir etwa soziale Bewegungen und zivilen Ungehorsam einbeziehen – etwa als aktuelles Beispiel die Aktionen der Klimabewegung der »Letzten Generation« in den Jahren 2022 und 2023. Mit Blick auf die öffentlichen Debatten und die gerichtlichen Auseinandersetzungen um diese Aktionen wird es schwierig, die Grenze zwischen Gewalt und legitimem Protest zu ziehen. Sowohl Gerichte als auch Politiker:innen bezeichneten die Aktionen der Klimaaktivist:innen als Gewalt.¹⁰ Deshalb könne und dürfe man sie politisch nicht mehr ernst nehmen.¹¹ Andererseits wurden die gleichen Aktionen auch als legitimer Beitrag zur politischen Auseinandersetzung betrachtet. Die Aktivist:innen müssten in ihrem zivilen Ungehorsam so weit gehen, um auf die Notwendigkeit einer aktiveren Klimaschutzpolitik aufmerksam zu machen.¹²

In solchen Debatten ist es umstritten, was als Gewalt gilt. Die Frage nach dem Verhältnis von Gewalt und Demokratie führt uns also zu weiteren Fragen: Was ist unter Gewalt zu verstehen? Und: Wem kommt die Autorität zu, die Frage zu entscheiden, was als Gewalt gelten muss? Hierbei sind nicht

10 <https://www.spiegel.de/panorama/justiz/letzte-generation-anklage-gegen-aktivistin-miriam-meyer-hat-sich-ihr-kampf-gelohnt-a-6a8bd80e-9f28-439d-8476-016b466cb32f>

11 <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/letzte-generation-radikalisierte-kritik-gegen-klimaaktivisten-a-b3629110-c7fe-4740-bfef-7d5000390b3b>

12 <https://www.theguardian.com/commentisfree/2022/oct/22/just-stop-oil-van-gogh-national-gallery-aileen-getty>

ausschließlich Gerichte von Bedeutung, sondern auch die öffentliche Debatte.

Was Gewalt ist, ist eine politische Frage

Dass es immer auch eine gesellschaftspolitische Festlegung ist, was als Gewalt gilt, wird nicht zuletzt an der Karriere des Terminus »strukturelle Gewalt« deutlich. Damit sind gesellschaftliche Strukturen gemeint, die Menschen auf legale Weise krank machen oder zu Tode bringen. Hierher gehören etwa erlaubte Emissionen, die zu Lungenkrankheiten führen oder schlechte Arbeitsbedingungen, die Krankheiten oder Tod verursachen. Bis in die 1970er Jahre hinein war es nicht unüblich einen solchen weiten Gewaltbegriff zu verwenden. »Die Gewalt der Verhältnisse« wurde seit dem Ende des 19. Jahrhunderts von der Arbeiterbewegung immer wieder kritisiert. Darunter fielen etwa zu niedriger Lohn oder gesundheitsgefährdende Arbeitsbedingungen. Solange Arbeiter:innen keine machtpolitisch relevante parlamentarische Repräsentation hatten, schien es so, als könne die Gewalt der Verhältnisse nur durch eine gewaltsame Revolution überwunden werden. Dies veränderte sich in dem Maße, in dem eine durch Wahlen demokratisch legitimierte Veränderung der Gesellschaftsstruktur durch Gesetzgebung möglich schien.ⁱⁱ Wichtig war dabei aber immer ein Punkt: die Gewalt der Verhältnisse muss benannt werden. Genau dies tat der Friedensforscher Johan Galtungⁱⁱⁱ, der in den 1960er Jahren den Begriff der strukturellen Gewalt prägte. Dieses weite gesellschaftspolitisch ausgerichtete Gewaltverständnis geriet in den 1980er Jahren in die Kritik und wurde in der MeToo-Bewegung in einer kulturalisierten Form wieder bedeutsam. Es stand die Verletzung der Identität z.B. als Frau, als person of colour im Vordergrund. Was mit dem Wort Gewalt gemeint ist, verändert sich mit der Zeit und wir werden noch sehen, dass es etwas über die Zeit aussagt, wie das Wort Gewalt verstanden wird.

Auch im Verhältnis zwischen Staaten, ist es umstritten, was als Gewalt gelten soll. Wie bedeutsam die Interpretation der Situation ist, wurde in den letzten Jahren anhand des russischen

Angriffskrieges gegen die Ukraine deutlich. Hier geht es um die Möglichkeit der Ukraine, sich zu einer selbstbestimmten an den Menschenrechten orientierten Demokratie zu entwickeln. Faktisch hatte dieser Krieg bereits 2014 mit der Annexion der Krim begonnen. Die damaligen Interpretationen der meisten westeuropäischen Demokratien besagten aber, dass es sich hierbei zwar um ein völkerrechtswidriges Vorgehen handeln würde, aber nicht um eine militärische Aggression, der gewaltsam entgegengetreten werden muss. Die letztere Deutung hätte bereits zu einem frühen Zeitpunkt massive Waffenlieferungen an bzw. militärische Unterstützung für den angegriffenen Staat erfordert. Ein solches Verständnis des russischen Vorgehens gab es in den Jahren 2014 und 2015 (noch) nicht, dies galt als problematische Position gewaltaffiner militärischer Hardliner.¹³ Für die Einschätzung der Situation hing bzw. hängt viel davon ab, wie das Verhältnis zwischen Russland und der Krim verstanden wird. Ist die Halbinsel Krim, wie der russische Präsident Putin argumentiert, eigentlich ein Teil Russlands oder ist sie genuin ukrainisches Territorium? Wie der historische Kontext geordnet wird, bestimmt maßgeblich, ob das Vorgehen Russlands zwar als völkerrechtswidrig einzustufen ist, aber doch auch als verständlich, oder ob es sich um eine gewaltsame Aggression handelt, der mit Gewalt entgegengetreten werden muss.

In einer vergleichbaren Weise belauern sich die diplomatischen Interpretationen hinsichtlich des Konflikts zwischen dem demokratischen Taiwan und dem autoritär regierten China. Handelt es sich z.B. bei chinesischen Militärmanövern, in deren Rahmen immer wieder die Grenzen zum Hoheitsgebiet Taiwans überschritten werden, um eine militärische Aggression, der mit Gewalt begegnet werden muss oder um Provokationen,

13 <https://www.spiegel.de/politik/mitten-in-europa-a-8d345cc6-0002-0001-0000-000130704261>
<https://www.spiegel.de/politik/rhetorische-eskalation-a-58d77101-0002-0001-0000-000130458612>
<https://www.spiegel.de/politik/gefaehrliche-propaganda-a-53d5d9af-0002-0001-0000-000145947650>

die von Seiten Taiwans und seiner demokratischen Verbündeten vielleicht benannt, aber nicht als gewaltsame Aggression gedeutet werden sollten.¹⁴ Auch im Falle Taiwans wird die gewaltsame Bedrohung der Demokratie als so stark eingeschätzt, dass das Land militärisch unterstützt wird.

Die Klärung des Verhältnisses von Demokratie, Menschenrechten und Gewalt bedarf einer Antwort auf die Frage, wie entschieden wird, was als Gewalt gilt. Nur wenn wir den politischen Charakter der Deutung »Gewalt« einbeziehen, können wir die Dynamik von Gewaltsituationen erfassen. Denn Gewalt gilt als ein eindeutiger Angriff auf die Grundprinzipien demokratischen Zusammenlebens: des Vertrauens in Gewaltlosigkeit sowie der Anerkennung von Würde und Freiheit aller Beteiligten. Gewalt ist das schlechthin politisch-moralisch Problematische, weshalb sie nicht unbeantwortet bleiben darf. Etwas als Gewalt zu deuten, ist eine nahezu zwingende Aufforderung zu handeln. Die Einstufung innerstaatlicher politischer Proteste als gewalttätig zwingt den Staat dazu, diese zu beenden. Wenn ein Staat einen anderen gewalttätig angreift, fordert diese Aggression eine gewalttätige Reaktion heraus.

Moderne Demokratien basieren auf dem Versprechen, gewaltfrei in Freiheit und Würde zusammenzuleben. Um dessen Gültigkeit zu verteidigen, müssen Demokratien nach innen und außen ausreichend gewaltbereit und gewaltfähig sein. Der Einsatz von Gewalt ist beinahe ausschließlich nur zu diesem Zweck legitim. Hieraus resultiert die ungeheure Bedeutung der politischen Auseinandersetzung darum, was als Gewalt gilt. Wer politisch handlungsfähig werden will, muss sich diesem Problem stellen.

14 <https://www.spiegel.de/ausland/taiwan-praesidentin-tsai-ing-wen-aeuassert-sich-besorgt-ueber-chinas-militaermanoever-a-265f8d30-dd2e-4d8f-9440-e887f2484d24>

Darum geht es:

Vor diesem Hintergrund wird das zentrale Anliegen des Essays deutlich. Es geht um die Entwicklung einer realistischen am Ethos der Menschenrechte orientierten politischen Perspektive, die strukturell auch die Wirtschaft und damit die Frage sozialer Ungleichheit einbezieht. Realistisch ist diese Perspektive, weil sie die dunkle und die lichte Seite der Moderne nicht trennt. Sie erkennt an, dass die Gültigkeit des modernen Versprechens einer gewaltsamen Stütze bedarf – nach innen und außen. Ohne den Einsatz von Gewalt kann das moderne Versprechen (Vertrauen in Gewaltlosigkeit, Anerkennung der Gültigkeit von Freiheit und menschlicher Würde) weder durchgesetzt noch stabilisiert noch verteidigt werden.

Die Antwort auf die Frage, ob das Versprechen eingelöst ist, wirft allerdings das gleiche Problem auf, wie die Frage danach, was Gewalt ist. Was Gewaltlosigkeit heißt, beinhaltet notwendigerweise ein Wissen darum, was Gewalt ist. Wenn das eine (was gilt als Gewalt?) umstritten ist, ist auch umstritten, was es heißt, in Gewaltlosigkeit vertrauen zu können. Sowohl »Gewalt« als auch »Gewaltlosigkeit« sind politisch bestimmte Begriffe. Vor diesem Hintergrund werde ich in diesem Essay auch die Wirtschaft einbeziehen und die Frage aufwerfen, ob die extreme Ungleichverteilung von Eigentum als Gewalt gedeutet werden muss. Dabei folge ich der ordoliberalen Analyse der modernen Wirtschaftsordnung. Diese erkennt in den extremen Formen von Eigentumsungleichheit die Wiederkehr feudaler Strukturen – eine Refeudalisierung, die eine essentielle Gefahr für die demokratische Ordnung darstellt, der entschieden entgegengetreten werden muss. Dabei müssen wir uns auch der Frage stellen, inwieweit eine geldbasierte Eigentumswirtschaft ihrerseits als Stütze einer demokratischen Ordnung anzuerkennen ist, obwohl deren Dynamik der Reichtumskonzentration doch auch zu Gewalt führen kann. Auch hier gilt es, die lichte und die dunkle Seite zusammenzudenken.

In einem ersten Schritt werden wir uns den Problemen zuwenden, die sich aus der Einsicht ergeben, dass Gewalt ein

politischer Begriff ist. Die gegenwärtig diskutierten Gewaltbegriffe versagen hier. Es bedarf also eines neuen Gewaltbegriffs. In einem zweiten Schritt geht es um die Rekonstruktion des modernen Versprechens, in Gewaltlosigkeit und die Gültigkeit des Ethos der Menschenrechte vertrauen zu können. Dieses Versprechen postuliert einen Bruch mit nichtmodernen Ordnungen, die sich durch ein Vertrauen in Gewalt auszeichnen. Da das moderne Gewaltverständnis politisiert ist, ist entsprechend auch der Bruch mit der gewaltsamen Vergangenheit politisiert und auch das Versprechen, in Gewaltlosigkeit vertrauen zu können. Es bleibt deshalb grundlegend umstritten, ob die Einlösung dieses Versprechens gelingt bzw. gelungen ist.

Diese Einsicht fordert zu einer politischen Stellungnahme heraus. Das bedeutet, die eigene Sprecherposition zu erweitern. In den ersten beiden Teilen des Essays spreche ich ausschließlich als Analytikerin, um im dritten Teil aufbauend auf der Analyse des Zusammenhangs von Zeit und Gewalt einen politischen Vorschlag zu unterbreiten. Diesen entwickle ich auf der Grundlage einer Analyse des Zusammenhangs zwischen einer offenen gestaltbaren Zukunft und dem Vertrauen in Gewaltlosigkeit. Eine offene gestaltbare Zukunft zu erschließen, setzt einen Bruch mit der gewaltsamen Vergangenheit voraus. Auf dieser Einsicht aufbauend, werfe ich die politische Frage auf, ob der Bruch mit der gewaltsamen Vergangenheit misslungen ist, bzw. ob diese nicht fortwirkt oder wiederkehrt im Sinne einer Refeudalisierung. Mit dem Konzept der intertemporalen Sicherung von Freiheit und Leben hat das Bundesverfassungsgerichts in seinem Klimaschutzurteil vom 24. März 2021 einen fruchtbaren Ansatz formuliert. Dieser erlaubt es, unser Gewaltverständnis so weiterzuentwickeln, dass wir die essentiellen Gefährdungen unserer demokratischen Ordnung angemessen identifizieren können.